

Stand: 19.05.2024 10:23:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17959

"Gesellschaftliche Anerkennung wirklich ernst nehmen - Versprechen bei Pflegeprämie einhalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17959 vom 29.09.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18050 vom 29.09.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 29.09.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch, Christian Flisek, Ruth Müller, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster und Fraktion (SPD)**

Gesellschaftliche Anerkennung wirklich ernst nehmen - Versprechen bei Pflegeprämie einhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bayerischen Prämien für die Pflegenden mit der entsprechenden Bundesprämie so zu koordinieren, dass für die Pflegenden wie versprochen keine steuerlichen Nachteile entstehen. Der Steuerfreibetrag dafür soll in einer Ausnahmereglung vorübergehend erhöht werden, damit die Prämie eine wirkliche Anerkennung für die extremen Belastungen der Pflegenden während der Pandemie darstellt. Darüber hinaus sollen der Pflegebonus gerecht gestaltet und alle Pflegekräfte und Reinigungs- und Servicekräfte in den Kliniken, Heimen und anderen Einrichtungen mit einbezogen werden.

Begründung:

Das Pflegepersonal fühlt sich „verarscht – Wertschätzung gleich null“, so erklärt Frank Godenrath, Pfleger und Mitglied des Personalrats in einem großen oberbayerischen Klinikum, in der Süddeutschen Zeitung. Dies bestätigt auch der Umstand, dass sich ein erheblicher Teil der Petitionen im Gesundheitsausschuss auf die Pflege-Prämie bezieht. Pflegende in Bayern müssen auf ihre Corona-Prämie nun doch Steuern zahlen, anders als zunächst von der Politik versprochen. Die Prämie sollte von den Krankenhäusern bis Ende Juni 2021 an die Beschäftigten ausgezahlt werden, damit sie steuerfrei bleiben. Allerdings sollten die Corona-Prämien von 2020 und von 2021 addiert werden, während der Steuerfreibetrag sich nicht erhöhen sollte. Der Betrag von 1.500 Euro werde nicht jährlich, sondern im Zeitraum 1. März 2020 bis zum 31. März 2022 insgesamt nur einmal gewährt, da dies die Vorgaben des Bundesrechts so vorsehen. Da Bayern parallel zu der Bundesprämie ebenfalls einen Corona-Bonus gewährt, kommen hier nun auf viele Erwerbstätige im Krankenhaus höhere Steuerzahlungen zu. Eine Ausnahmereglung, wie sie auch von der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) gefordert wird, ist also dringend notwendig.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch, Christian Flisek, Ruth Müller, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/17959

Gesellschaftliche Anerkennung wirklich ernst nehmen – Versprechen bei Pflegeprämie einhalten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Susann Enders

Abg. Tim Pargent

Abg. Ruth Waldmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Andreas Krah

Abg. Andreas Winhart

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Barbara Becker

Abg. Diana Stachowitz

Staatsminister Klaus Holetschek

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und
Fraktion (CSU)**

**Gesellschaftliche Anerkennung ernst nehmen - Steuererleichterungen für die
Langzeitpflege (Drs. 18/17938)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann,
Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)**

**Gesellschaftliche Anerkennung wirklich ernst nehmen - Versprechen bei
Pflegeprämie einhalten (Drs. 18/17959)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Susann Enders, das Wort.

(Unruhe)

Ich darf um etwas Ruhe im Haus bitten, insbesondere bei den Kollegen der Rednerin.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Gesellschaftliche Anerkennung ernst nehmen – Steuererleichterungen für die Langzeitpflege": Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für nachhaltige Steuererleichterungen für Pflegekräfte in der Langzeitpflege einzusetzen, um ein Zeichen der gesellschaftlichen Wertschätzung zu senden, die Erschwernisse des Schichtdienstes anzuerkennen und auf diese Weise dem Fachkräfteengpass in der Langzeitpflege zu begegnen.

Langer Rede kurzer Sinn: Meine Damen und Herren, wir klatschen nicht nur, wir tun etwas für unsere Pflegekräfte. Denn die demografische Entwicklung hat gezeigt, dass wir dringend Pflegekräfte brauchen, Fachpersonal, Leute, die wir im Moment suchen

und in den Pflegeeinrichtungen nicht haben. Zu Beginn der Corona-Pandemie sind wir im vergangenen Jahr alle auf den Balkons gestanden und haben applaudiert aus vollster Überzeugung, aus Respekt vor den Pflegekräften, die an vorderster Front stehen. Aufgrund von Zeitungsberichten und Medienmitteilungen wissen wir, dass weltweit aufgrund der Corona-Pandemie gerade in den ersten Monaten viele medizinische Kräfte und auch Pflegekräfte verstorben sind, da sie sich um ihre Patienten und um die zu Pflegenden gekümmert haben. Deshalb haben wir geklatscht. Deshalb haben wir applaudiert. Das war richtig so. Doch ausschließlich dabei kann es nicht bleiben. Dieser Antrag kann auch nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Wir wollen die Selbstverwaltung nicht untergraben, aber unsere politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um uns vom Bayerischen Landtag aus für unsere Pflegekräfte einzusetzen. Diese brauchen wir dringend. Ich sagte es bereits: Wir klatschen nicht nur, wir tun etwas für unsere Pflegekräfte, aber den SPD-Antrag lehnen wir ab, weil er ausschließlich auf die Corona-Zeit begrenzt ist. Das greift uns als Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU zu kurz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Tim Pargent für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. – Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Frau Kollegin, ich hätte eine Frage: Können Sie uns über den Antrag hinaus ungefähr erklären, welche Steuererleichterungen es konkret sein sollen? Wie hoch sollen diese sein? – Das ist aus dem Antrag nicht klar geworden. Ich kann ohnehin nicht erkennen, wie das sauber umgesetzt werden soll.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Das verstehe ich gut. Wir haben auch intern diese Diskussion geführt und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir keine ganz klaren finanziellen Forderungen im Antrag stellen, damit dieser nicht Gefahr läuft, aus Kostengründen einfach abgelehnt zu werden oder einfach nicht umgesetzt zu werden.

So haben wir den Antrag ganz bewusst so gehalten, wie er jetzt formuliert ist. Wir können das dem Bund im Endeffekt nicht vorschreiben.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Als nächste Rednerin kommt für die SPD-Fraktion die Kollegin Ruth Waldmann. Frau Kollegin, Sie haben das Wort

Ruth Waldmann (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was Sie jetzt gesagt haben, macht mich jetzt doch ein bisschen unruhig. Sie sagten, Sie müssten eigentlich davon ausgehen, dass Ihre Forderungen nicht umsetzbar seien; daher forderten Sie lieber nichts Konkretes. Sie haben aber gerade auch die Formulierung gewählt, dass Sie alle Ihre politischen Möglichkeiten ausschöpfen möchten, um die Situation der Pflege zu verbessern. Und dann kommt dieser Antrag dabei raus. Das macht mir jetzt ehrlich gesagt wirklich Sorgen.

Sie haben Ihren Antrag titulierte "Gesellschaftliche Anerkennung ernst nehmen". Sie fordern Steuererleichterungen für die Langzeitpflege. Sie meinen damit die Pflegekräfte in der Langzeitpflege, nicht die Angehörigen oder Pflegebedürftigen selbst, sondern die Pflegekräfte. Laut Begründung müsse die Attraktivität der Berufsbilder in der Pflege gesteigert werden. Aber leider werden Sie genau diesem Anspruch nicht gerecht. Wir haben Überlastung und Personalmangel in allen Bereichen der Pflege. Dazu gehören auch die Pflegekräfte in den Krankenhäusern, auf den Intensivstationen, in der Kinderkrankenpflege und in den weiteren Berufsfeldern, die mit Pflege zu tun haben. Wie kommen Sie eigentlich dazu, hier nur die Pflegekräfte in der Langzeitpflege herauszugreifen? – Das verstehe ich nicht. Wie wollen Sie das eigentlich definieren? Ab wann fängt die Langzeitpflege an, und mit welcher Begründung wollen Sie hier die anderen Pflegebereiche wieder außen vor lassen?

Sie haben selber in Ihrem Antrag in der Begründung geschrieben, dass es einkommensteuerrechtlich ausgesprochen schwierig wird. Sie meinen aber, dass der Personalmangel als Argument verbunden mit der Pflicht zur Sicherstellung der Versorgung

Ausnahmen rechtfertige. Aber das kann ja nicht sein; denn das müsste genau für alle gelten, die unter diesem Personalmangel und dieser Versorgungsverpflichtung usw. leiden und davon betroffen sind. Das kann kein Ausnahmetatbestand sein, der andere Pflegekräfte und andere Berufsfelder, die mit Pflege zu tun haben, nicht berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD)

Daher passt auch Ihr Vorgehen als reine Symbolpolitik hier ins Bild. Anstatt substanzielle Verbesserungen für die Beschäftigten in der Pflege zu schaffen, haben Sie eine Corona-Prämie eingeführt, die zu massiven Verwerfungen und Verärgerungen in der Branche geführt hat, weil sie nur manchen zugutekommt und vielen anderen Pflegekräften, Beschäftigten, die es genauso verdient hätten, eben nicht. Das können wir im Ausschuss für Gesundheit und Pflege fast jede Woche miterleben, weil es eine große Menge an Beschwerden und Petitionen dazu gibt.

Der Gipfel dabei ist, dass Sie Ihre Zusage, dass dieser Bonus steuerfrei wäre, nicht einhalten. Darum fordern wir Sie mit unserem Antrag auf, das Thema "Gesellschaftliche Anerkennung wirklich ernst nehmen" voranzustellen und Ihr Versprechen bei der Prämie, dass sie steuerfrei gestellt wird, auch einzulösen. Wenn Sie sich solch große Worte auf die Fahne schreiben, müssen Sie auch Ihre Hausaufgaben machen, und darum geht es uns mit diesem Antrag. Das gehört dazu.

Sorgen Sie dafür, dass, wenn es schon um den Bonus geht, er allen von den Belastungen in der Pflege Betroffenen zugutekommt, dass er steuerfrei ist und dass die vielen beteiligten Berufsgruppen, nicht zuletzt die Service- und Reinigungskräfte, die gerade im vergangenen Jahr den Betrieb aufrechterhalten haben, davon profitieren können.

Wenn das erledigt ist, dann lassen Sie uns endlich über die wirklich großen Themen in der Pflege sprechen. Wir brauchen eine klare Personalbemessung, wir brauchen eine gescheite Systematik in der Bezahlung, wir brauchen einen verbindlichen Tarifvertrag. Wir mussten dabei lange gegen Vorbehalte in der Union ankämpfen. In jüngerer Zeit

gibt es aber positive Signale, also können wir vielleicht wirklich etwas erreichen. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag war lange Zeit Teufelszeug, aber jetzt steht er eventuell vor einer Umsetzung. Das wollen wir gemeinsam mit Ihnen erreichen.

Die Überlastung der Pflegekräfte ist natürlich in erster Linie eine Zumutung für sie selber, aber sie führt auch dazu, dass viele andere diesen Beruf nicht ergreifen wollen. Nur wenn wir mehr Beschäftigte in die Pflege bekommen, kann es zu wirklich wirksamen Entlastungen kommen. Deswegen brauchen wir eine wirklich realistische und faire Personalbemessung, einen Rahmen dafür, wie viele Menschen für wie viel Pflegeleistung nötig sind. Denn die jetzigen Zumutungen führen derzeit leider dazu, dass viele Pflegekräfte eher das Weite suchen, anstatt dass wir mehr Personal bekommen.

Wir brauchen auch eine Aufwertung der Tätigkeiten und Übertragung wichtiger pflegerischer Aufgaben in den Verantwortungsbereich dieser gut ausgebildeten Fachkräfte. Bei der Bezahlung ist es gut, dass der Zuschlag künftig bei den Einrichtungen für Anbieter nur erfolgen kann, wenn sie nach Tarif bezahlen.

Hinsichtlich der dualen Ausbildung müssen wir noch weitergehen und diese mit einer Vergütung versehen. Wir müssen auch beim Pflegemindestlohn, der etwas höher als der sonstige Mindestlohn ist – auch das ist eine absolute Untergrenze –, etwas tun, ihn vielleicht anheben, um insgesamt zu einer fairen und gerechten Bezahlung zu kommen. Dann haben wir es auch mit gesellschaftlicher Anerkennung zu tun, und dann gewinnen wir auch wieder Menschen für diesen schönen Beruf.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Krahel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, man merkt, dass der Wahlkampf vorbei ist, und nun versuchen die FREIEN WÄHLER genauso populistisch Entschuldigung zu sagen, wie sie ihren ganzen

Wahlkampf geführt haben. Nach der glorreichen Idee ihres Parteivorsitzenden Hubert Aiwanger, Langzeitarbeitslose, die nicht am Arbeitsmarkt vermittelbar sind, jetzt einfach in die Pflege zu stecken, weil es dafür bestimmt noch langt, ist jetzt dieser Antrag ein Versuch – Entschuldigung, war irgendwie nicht so gemeint –, etwas, was wir eigentlich komplett an den Haaren herbeigezogen haben, überhaupt nicht selber erfunden haben und was eigentlich sowieso nicht umsetzbar ist, umzusetzen.

Immerhin, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, haben Sie schon einmal vollkommen richtig erkannt, dass die demografische Entwicklung den Pflegemangel in Zukunft befeuern wird. Das ist aber jetzt nicht so wirklich die bahnbrechende Erkenntnis in diesem Antrag, aber man könnte jetzt vernünftig darauf aufbauen und sich ernsthaft fragen, wie wir dieses Problem lösen können. Sie hätten endlich Ihre Pflegekammer in der Koalition umsetzen können. Sie könnten sich für Personalbemessungsinstrumente in der Langzeitpflege und in den Kliniken einsetzen. Sie könnten sich für mehr Kolleginnen und Kollegen starkmachen. Sie könnten für die Akademisierung kämpfen. Sie könnten eine einheitliche Ausbildung für Pflegehelfer und -helferinnen anbieten, Sie könnten Flächentarifverträge fordern, Sie könnten Branchentarifverträge fordern.

Okay, zugegeben, das waren jetzt nicht wirklich Ihre Ideen, sondern unsere, aber auch diese Idee, die Sie heute vorgelegt haben, haben Sie nur abgeschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bereits im Frühjahr forderte der Staatsminister Klaus Holetschek eine Revolution in der Pflege und hat dabei unter anderem die von Ihnen heute neu aufs Tapet gebrachten Steuerbegünstigungen in Aussicht gestellt. Jetzt, nach Applaus, spendierten Brotzeiten und der harten Währung des "Vergelts Gott", Herr Minister, brauchen die Pflegenden keinen weiteren Akt der Symbolpolitik nach dem Motto: Wir fordern, dass sich andere dafür einsetzen, und klopfen uns dann auf die Schulter, weil wir eine so schöne Pressemitteilung geschrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen der konzertierten Aktion Pflege wurde mit der generalistischen Pflegeausbildung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan – zuhören, liebe FREIEN WÄHLER! –, nämlich dass die Kluft zwischen den verschiedenen Berufsbildern Krankenpflege, Altenpflege, Kinderkrankenpflege endlich abgebaut wird.

Was bringt Sie denn jetzt bitte auf die Idee, dem Pflegemangel mit einer erneuten Spaltung dieser Profession nur irgendwie beizukommen? Warum sollen denn nur die Fachkräfte in der Langzeitpflege von dieser Schnapsidee, die Sie da gehabt haben, profitieren? Wer definiert eigentlich Langzeitpflege? Was ist genau der Unterschied in der Arbeit zwischen einer Kollegin in der Langzeitpflege und einer Kollegin in der Akutversorgung? – Gelernt hat sie seit dem 01.01.2020 haargenau den gleichen Beruf. Macht die Ihrer Meinung nach nur schlechtere Arbeit?

Sie schreiben in Ihrer Antragsbegründung:

Nachdem es über lange Jahre trotz weitreichenden gesellschaftlichen Konsenses nicht geschafft wurde, die Entlohnung der Pflegekräfte angemessen zu erhöhen, ist jetzt ein deutliches Zeichen des Staates erforderlich, um die gesellschaftliche Anerkennung für diese so wichtige Berufsgruppe auszudrücken.

Obwohl sich die Gesellschaft eigentlich längst einig ist, dass die Löhne in der Pflege nicht angemessen sind, hat sich die gute Fee des Staates verflogen, und jetzt muss der Staat – wer auch immer das ist – etwas ausdrücken, was er nicht kann, weil die FREIEN WÄHLER im Landtag ein deutliches Zeichen setzen wollen.

Meine Damen, meine Herren, so funktioniert Politik nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Ungerechtigkeiten, die Sie hier fordern, möglichst gar nicht entstehen. Im Idealfall vereinfachen wir sogar Rahmenbedingungen von Menschen und sogar im Alltag.

Ich bin ehrlich zu Ihnen. Ich gehöre jetzt sicherlich nicht zu denen, die irgendwie davon träumen, dass man die Steuererklärung in Zukunft auf dem Bierdeckel machen kann, aber die Steuererklärung von einer Person, die 50 % in der Langzeitpflege und 50 % im Rettungsdienst oder irgendwo anders arbeitet, möchte ich nicht machen müssen.

Vielleicht ist Ihr Vorschlag auch nur als Konjunkturprogramm durch die Hintertür für Steuerberater zu verstehen. Das würde im Umkehrschluss wieder dem Postillon gefallen, uns als Fraktion gefällt es nicht.

Voller Überzeugung lehnen wir nicht nur die Aussage des noch oder noch immer stellvertretenden Ministerpräsidenten im Wahlkampf ab, sondern auch den verzweifelt populistischen Wiedergutmachungsversuch heute im Hohen Hause.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist nun der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst wurde für die Pflegekräfte geklatscht, dann sollte der Impfzwang kommen, dann mussten sie ihren Impfstatus offenlegen, und jetzt sollen sie weiterhin Steuererleichterungen bekommen bzw. solle man sich auf Bundesebene weiterhin für Steuererleichterungen einsetzen. Es ist nicht genauer definiert, was kommen soll. Es ist nicht definiert, wie es kommen soll. Die Rede ist von einem Fachkräfteengpass – sonst heißt es immer Fachkräftemangel, dieses Mal heißt es Fachkräfteengpass. Ich möchte den FREIEN WÄHLERN recht herzlich zu diesem neuen Begriff gratulieren.

In der Pflege wissen wir grundsätzlich, dass diese Probleme allseits bekannt sind. Wir wissen, dass es zu wenige Pflegekräfte oder zu wenige Menschen gibt, die sich für den Pflegeberuf interessieren. Wir wissen, dass dies nicht nur am Geld liegt – nein, es hapert auch an den Dienstplänen, an der Zeit. Es ist nicht unüblich, dass Pflegekräfte zehn Tage am Stück arbeiten müssen, und zwar nicht nur in der Langzeitpflege, sondern auch in anderen Pflegebereichen. Ein Wochenende am Stück ist purer Luxus.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen nur empfehlen, sich die zahlreichen AfD-Anträge aus der Vergangenheit und auch jene, die in Zukunft zu diesem Thema folgen werden, anzusehen. Diesen Antrag lehnen wir selbstverständlich ab, weil er einfach handwerkliche Fehler aufweist.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner macht sich schon Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion auf den Weg. Herr Kaltenhauser, bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag will das Gefühl vermitteln: Applaus ist als Wertschätzung für die Pflege zu wenig; wir müssen handeln. – Diesem Ziel ist unbedingt zuzustimmen. Wenn man aber genauer hinsieht, stellt man schon ein paar Sachen fest, die einen etwas stutzig machen.

Die erste Frage – das hat Kollege Krahel schon wunderbar dargestellt; ich glaube, das kann ich in dieser Form gar nicht – lautet, wieso die Langzeitpflege eine besondere Behandlung erfahren soll, die Akutpflege und andere Pflegearten aber nicht. Wir haben im Pflegeberufegesetz alles zusammengeführt; wir haben jetzt einen Beruf. Jetzt beginnt man aber wieder zu spalten – ich habe genau dasselbe Wort aufgeschrieben, das auch Herr Kollege Krahel verwendet hat. Die Arbeit jeder Pflegekraft ist an jeder Stelle gleich viel wert.

Interessant finde ich auch, dass in der Begründung zwar von Wertschätzung und Anerkennung die Rede ist, aber nirgendwo von einem Lohnunterschied oder Ähnlichem gesprochen wird. Warum man nicht an dieser Stelle ansetzen will, erschließt sich mir genauso wenig. Ich glaube, wir haben es mit dem bayerischen Pflegebonus schon geschafft, eine gewisse Spaltung selbst hervorzurufen; wir dürfen dies um Gottes willen nicht noch weiter treiben.

Deshalb will ich den zweiten Punkt nach vorne ziehen: das Thema Steuererleichterung. Dass eine ganz spezielle Steuererleichterung für eine Berufsgruppe rechtlich fragwürdig ist, steht teilweise sogar schon in der Begründung. Im zweiten Absatz der Begründung wird schon ganz vorsichtig angedeutet, dass es schwierig werden könnte. Auf der anderen Seite wird überhaupt nicht davon gesprochen, was denn mit Steuererleichterung gemeint ist; das ist vorher auch schon einmal angesprochen worden. Was wird denn wirklich gemacht? Wir haben einen Vorschlag gemacht, Überstundenvergütungen in sozialen Berufen steuerlich ein wenig zu berücksichtigen. Dies betrifft bestimmte Themen. Einen ganz neuen Tatbestand zu schaffen, so wie sich das zwischen den Zeilen liest, kann beim besten Willen nicht gemeint sein. Dass ein solcher Vorschlag, unser komplexes Steuersystem noch weiter aufzubohren, ausgerechnet von den FREIEN WÄHLERN kommt, die sich immer als Entbürokratisierer darstellen, ist mir rätselhaft. Ich glaube, gesellschaftliche Wertschätzung mit Steuerpolitik erreichen zu wollen, war noch nie eine tolle Idee.

Ich fasse zusammen: Wir haben ein Problem in der Pflege; das ist völlig unbestritten. Die Situation der Pflegekräfte in der Pflege insgesamt erfordert unbedingt eine ganz große Reform. Wertschätzung und Anerkennung haben zweifellos auch etwas mit Bezahlung zu tun, mit Rahmenbedingungen, aber auch mit Bezahlung. Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen sind ungeeignet, und zwar sowohl inhaltlich als auch wegen der Isoliertheit für eine ganz bestimmte Gruppe. Steuersystematisch ist dies für mich völlig inakzeptabel. Natürlich macht man es sich mit Steuererleichterungen immer leicht, da dies den Bund betrifft. Wir könnten auch beginnen, unsere alten Wahlge-

schenke, die wir immer noch mit uns herumschleppen, etwas zu reduzieren und das Geld dorthin zu packen, wo es sinnvoll eingesetzt wäre. Ich kann den Antrag also nur ablehnen.

Noch eine Anmerkung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD. Darin ist auch die Rede davon, die bayerischen Prämien so zu koordinieren, dass kein steuerrechtlicher Nachteil entsteht. Auch das ist eine Konstruktion, die in das Steuerrecht eingreift. Allerdings ist dies nur eine temporäre Sache. Insofern könnte ich mir noch vorstellen, dem zuzustimmen. Aber einer Erweiterung auf andere Bezugsberechtigte – ich glaube, die Diskussion darüber haben wir im Hause schon sehr oft geführt – würden wir in dieser Form nicht zustimmen. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über den SPD-Antrag enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mindestens in einem ist das Leben gerecht: Es erwischt uns alle. So Gott will, werden wir alt und älter, und wenn wir älter werden, brauchen wir Hilfestellungen, zum Beispiel Pflege durch Pflegekräfte. Am Ende eines Lebens sind wir dann sehr dankbar, wenn uns einer oder eine hilft, und zwar einer oder eine, der oder die es auch kann. Das haben wir in der COVID-Hochphase im letzten Jahr sehr, sehr gut gemerkt. Der Applaus war laut und beherzt.

Denken wir zurück: Früher haben sich junge Leute, die in den Pflegeberuf einsteigen wollten, immer wieder fragen lassen müssen: Ach was, du lernst einen Pflegeberuf; du gehst in die Altenpflege? Also ich könnte es ja nicht, alten Leuten den Hintern abzuwischen. – Manchmal habe ich gedacht: Da sprechen diese jungen gesunden Leute aus ihrem Bällebad und haben von nichts eine Ahnung und machen diesen Beruf schlecht.

Was die Pflegekräfte brauchen, ist als Allererstes Wertschätzung. Das kann Applaus sein, das kann aber auch das Unterlassen solcher Sprüche sein. Dann kommen wir aber auch zu den harten Fakten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In aller Klarheit: Da bahnt sich jetzt ein Cassandra-Ereignis an. Ein Cassandra-Ereignis bezeichnet im Risikomanagement, in der Risikobewertung eine Katastrophe, die sich langsam, aber stetig aufbaut. Das ist nichts Plötzliches. Irgendwann reicht es nicht mehr. Wir merken ja jetzt schon, dass Pflegestationen nicht mehr aufgemacht werden, weil das Personal fehlt. Natürlich tun wir alles, um dies zu vermeiden, und natürlich ist uns da jede Idee recht. Wir steuern auf eine humanitäre Katastrophe zu, wenn wir den Pflegenden die Pflege verleiden: durch Worte, durch mangelnde Wertschätzung, durch schlechte Bezahlung, durch Rahmenbedingungen, die sie nicht gut finden, durch die sie sich gegängelt fühlen, durch Dokumentation, die ihnen zur Last fällt, worin sie keinen Sinn sehen. Beispielsweise sagen sie: Dokumentieren von Arbeitsleistung gerne, gute Übergabe von einer Kollegin zur anderen gerne, aber zum Beispiel ankreuzen zu müssen, ob es eine Filmtablette oder eine Kapsel ist, lässt keinen Sinn erkennen. Darum geht es aber in diesem Antrag gar nicht.

Wir haben also gesamtgesellschaftlich eine ganze Menge zu tun, um den Pflegenden die Wertschätzung zuteilwerden zu lassen, die ihnen zusteht. Nicht erst seit Corona sind wir als Christsoziale und FW am Thema dran. Uns kommen zum Beispiel die Forderungen von "Dienst-Tag für Menschen" sehr nahe. Diese Kampagne ist noch nicht besonders groß, aber interessant. Arbeitgeber und Pflegekräfte tun sich zusammen und demonstrieren gemeinsam. Sie jammern nicht; sie erzählen auf wunderbare Weise von ihrem schönen Beruf, sagen aber auch jeden Dienstag – ähnlich wie Fridays for Future am Freitag – sehr klar: Wir brauchen von euch ein paar Rahmenbedingungen, damit wir gute Pflege leisten können. Da geht es als Allererstes um Zeit; da geht es um eine machbare Dokumentation; da geht es auch um eine Beendigung der Heuchelei; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, nie wirst du so gelobt, wie kurz vor

dem Eintritt in den Pflegeberuf, und dann lange nicht mehr; denn wenn auch nur ein Fehler passiert, dann stehen die Medien vor der Tür. Bei aller Wertschätzung für die Vertreter der Medien: Dann ist es schon schwierig, wenn alles zum Skandal hochgejazzt wird und die Pflegekräfte verunsichert sind.

Aber jetzt zu dem Antrag. Wir haben bereits ein großes Antragspaket erstellt und das immer wieder nachverfolgt. 2018 – da war Corona noch in weiter Ferne – haben wir Maßstäbe gesetzt, um die Arbeitsbedingungen für Langzeitpflegekräfte und für alle anderen Pflegekräfte zu erleichtern. Wir haben mehr Studienplätze für Medizin und Pflege geschaffen. Wir haben die Pflegeausbildung aufgewertet. Generalistik wurde schon erwähnt. Wir haben Forschung in den Bereichen Pflege und Gesundheit eingeführt. Wir wollen im Bereich Pflege endlich ins digitale Neuland abbiegen, nicht weil Digitalisierung jetzt ein neues Werkzeug ist und man das halt macht, sondern weil sie Pflege erleichtern soll, weil es eine körperliche Schonung für die Pflegekräfte ist, wenn wir sie richtig einsetzen. Dann haben Pflegende und zu Pflegende mehr Zeit füreinander, weil Dokumentation, die manchmal notwendig ist, dann ein bisschen leichter wird.

Ich könnte das jetzt noch weiter aufzählen, aber man wird nie für das gelobt, was man schon getan hat. Aber schauen wir noch mal zurück in den März 2020. Da haben unser bayerischer Finanzminister Albert Füracker und unser jetziger Staatsminister Klaus Holetschek an den Bundesfinanzminister geschrieben. Ich zitiere: Der deutliche Mangel an Pflegepersonal verbunden mit der Pflicht zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge – wir haben einen Notfall, und wir haben einen Auftrag – könnte Ausnahmen für die Langzeitpflege rechtfertigen. – Worum geht es? – Tatsächlich um Steuererleichterungen für die Pflegenden. Das hat enge Rahmenbedingungen. Das müsste zeitlich begrenzt sein, und das müsste gut begründet sein, weil es gilt immer der Gleichheitsgrundsatz. Aber deswegen ist dieser Ansatz nicht schlecht. Bis jetzt gab es noch nicht mal eine Antwort vom Bundesfinanzminister. Tatsächlich hätte dieses Anliegen doch wirklich eine Antwort verdient, und zwar eine positive. Liebe Frau Kollegin Waldmann, man kann Sie nur bitten: Nutzen Sie bitte Ihren guten Kontakt zum Bundesfinanzmi-

nister. Da hat er eine Denksportaufgabe und soll einfach tun, was immer im Rahmen des Möglichen ist, um eine Lösung herbeizuführen. Wir tun in Bayern natürlich alles, um die Pflegenden zu unterstützen und diese humanitäre Katastrophe zu verhindern. Aber da brauchen wir schon den Bund dazu. Da sollte man zusammenhelfen und Olaf Scholz oder seinem Nachfolger ein bisschen in die Schlappen helfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber ich sage auch: Geld, Zulagen und Gehalt allein retten es sicher nicht. Deshalb ergreifen wir diese ganzen anderen Maßnahmen. Deswegen ist dieser Antrag ein Teil, eine Idee, ein Baustein in einem Gesamtpaket, das wir brauchen und wo wir als Christsoziale und FW energisch dran sind, ganz oft auch mit Unterstützung der Oppositionsparteien.

Die Idee ist charmant, und ich sage auch, warum sie charmant ist. Wir haben gemerkt, wie das mit den Boni ist. Man muss einen Antrag stellen. Dann muss man schauen, ob da jemand überhaupt in der Arbeit war. Hat er es überhaupt verdient? Der Arbeitgeber muss dem zustimmen und muss es bewerten. Der Bonus muss dann anteilig der Wochenarbeitszeit ausbezahlt werden oder vielleicht anteilig der Lebensarbeitszeit. Da freut sich das Bürokratiemonster über neues Futter. Deswegen ist dieser Ansatz so charmant, stattdessen zu sagen: Lasst doch bitte einfach den Pflegenden mehr Netto vom Brutto. Wie bezaubernd ist das denn? Wie zutiefst bürgerlich, konservativ und pragmatisch? Denn die Botschaft ist: Die Pflege an sich ist kein Pflegefall, der mit Sonderprogrammen immer wieder ein bisschen gefüttert werden muss, wofür man dann Dankbarkeit erwartet, sondern mit eigener Hände Arbeit wird ein faires Gehalt erarbeitet. Das wäre eine sehr klare, faire und nachhaltige Maßnahme. Pflegeboni auf Dauer zu stellen, halten wir für den falschen Weg. Deshalb stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag der SPD nicht zu. Wir Christsozialen wünschen dem Bundesfinanzminister einen "Mutausbruch", zu diesem Antrag beherzt eine positive Entscheidung zu treffen. Wir stimmen diesem Antrag zu und freuen uns, wenn Sie es auch tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Kollegin. Sie können noch am Rednerpult bleiben. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen, die erste von der Kollegin Stachowitz von der SPD-Fraktion.

Diana Stachowitz (SPD): Frau Kollegin Becker, Jetzt haben Sie wunderbar die Problematik der Pflegekräfte aufgebaut. Ihre Antwort darauf ist: Steuererleichterung für die Beschäftigten in der Pflege. – Jetzt nehmen Sie eine Altenhilfepflegerin, die sehr wenig verdient, den niedrigsten Eingangssteuersatz hat. Was haben Sie denn ausgerechnet, wie viel die im Monat mehr hat, wenn sie tatsächlich eine Begünstigung bekommen sollte für ihre Nachtarbeit oder entsprechende Wochenendarbeit, was vielleicht gar nicht möglich ist? Das ist das eine.

Das andere ist: Warum machen Sie denn kein eigenes Programm, sondern warten auf den Bundesfinanzminister? Herr Holetschek hat ja angeboten und ganz groß verkündet, dass es einen Schub in der bayerischen Pflege gibt – und heiße Luft ist gekommen. Sie haben alles wunderbar empathisch dargestellt. Aber Ihre Antwort ist: Steuerentlastung im Eingangssteuersatz oder wo auch immer. – Das ist wirklich erbärmlich. Das ist Augenwischerei.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Stachowitz, denken Sie an Ihre Redezeit!

Barbara Becker (CSU): Die Idee dieses Antrags ist, dass wir tatsächlich so einen Ausnahmefall schaffen und ihn gut begründen, sodass eben doch Steuererleichterungen möglich sind. Meine Mutter war Altenpflegerin, meine Cousine ist Altenpflegerin. Ich könnte jetzt noch so weitermachen. Meine ganze Familie ist gespickt mit Menschen in der Altenpflege. Glauben Sie mir: Die wären um jeden Euro froh, den sie mehr in der Tasche hätten. Nachdem das Steuergesetz nun mal Bundesangelegenheit ist, hoffe ich da wirklich auf den Bundesfinanzminister.

(Zuruf)

– Sie möchten noch etwas sagen. Gerne.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Becker, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Ich kann es jetzt auch gar nicht verstehen.

Da war noch eine zweite Frage – ach ja, genau: dass das das Einzige ist und dass das erbärmlich sei. – Solche Etiketten sind recht interessant. Die kann ich gut nehmen. Ich sehe es völlig anders. Wenn Sie gut aufgepasst haben, dann kennen Sie dieses Antragspaket. Ich habe gesagt, es ist ein Baustein. Der würde wirklich Sinn ergeben neben den vielen anderen, die wir tatsächlich auf der bayerischen Ebene legen können –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Becker, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Barbara Becker (CSU): – und die wir auch angehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Aber Sie haben noch eine zweite Gelegenheit. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Andreas Krahel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Herr Krahel, bitte.

Andreas Krahel (GRÜNE): Sehr geschätzte Kollegin Becker, ich versuche, die Frage ein bisschen kürzer zu formulieren. Wie genau definieren Sie denn Langzeitpflege? Was unterscheidet die Tätigkeit in der Langzeitpflege bei gleicher Berufsausbildung von der Tätigkeit in der Akutpflege? Was rechtfertigt dann die Steuerbegünstigungen für die Langzeitpflege im Vergleich zur Akutpflege?

Barbara Becker (CSU): Herr Krahel, ich finde es eine schöne Anregung, das für alle zu machen.

(Zuruf)

Ich fände es okay. Es ist immerhin ein Anfang. Wir haben da noch einen leichten Unterschied im Gehalt. Daher wäre es für die Altenpflegerinnen oder – wie man jetzt sagt – Langzeitpflegenden ein schnellerer, größerer Effekt. Meinetwegen können wir es gerne ausdehnen. Wie gesagt, das müsste die Bundesebene mal berechnen und da eine Idee bringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nun hat der Staatsminister Klaus Holetschek das Wort. Herr Holetschek, bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn nicht jetzt, wann dann? Ich würde mir wünschen, dass wir in diesem Hohen Haus nicht Klein-Klein diskutieren, sondern heute ein kraftvolles Signal an die Pflegekräfte in diesem Land aussenden, dass wir hinter ihnen stehen, dass wir jetzt Verbesserungen brauchen und dass wir gemeinsam etwas tun, was sie von uns erwarten: Vertrauen schaffen durch Taten, nicht nur durch Worte. Das muss das Signal aus diesem Haus in diesen Zeiten sein. Die Pflege sollte heute im Mittelpunkt stehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will nicht über die Frage reden, welche Bedeutung die Pflege in diesem Wahlkampf hatte. Ich hätte mir gewünscht, dass dieses Thema in den Mittelpunkt gestellt wird und dass eine Frau Baerbock nicht nur von einer "Klimaregierung" spricht, sondern auch von der Pflege – und andere genauso. Da nehme ich alle mit ins Boot.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der Pandemie gesehen, wie schwierig dieses Thema war. Wir haben immer vom Brennglas gesprochen, und auf einmal hat sich keiner mehr für das Thema interessiert. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde das echt traurig. Deswegen ist die Botschaft aus diesem Hause: Jetzt müssen die Pflöcke eingerammt werden. Jetzt ist die Zeit, dass wir diese Dinge tatsächlich in einen Koali-

tionsvertrag – wer auch immer dann am Tisch sitzt – schreiben, und zwar so, dass sie auch draußen wirken. Wenn wir heute über steuerliche Verbesserungen reden, dann ist das ein Baustein. Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Natürlich ist es richtig, dass wir da auch über Steuerfreistellungen bei Wechselschichten, bei Nachtschichten, bei Wochenenddiensten und all diesen Dingen reden.

Wenn Sie heute draußen sind, dann sagen Ihnen viele Pflegekräfte, dass sie immer kommen müssten, wenn jemand ausfiele. Wenn jemand krank würde, würde man angerufen und gefragt, ob man nicht einspringen könne. Natürlich käme man dann, weil man die Verantwortung habe und niemanden im Stich lassen wolle. Sie alle wissen das ja auch, weil Sie draußen mit Pflegekräften sprechen. Natürlich brennen die Pflegekräfte für das, was sie tun. Aber sie brennen halt auch aus, wenn wir es jetzt nicht schaffen, die Arbeitsbedingungen fundamental zu verbessern. Darum geht es. Es geht um die Arbeitsbedingungen, und es geht um Signale, dass wir das Thema als gesamtgesellschaftliches sehen und an allen Stellschrauben arbeiten.

Es gehört noch viel mehr dazu. Die Steuer ist nur eine Stellschraube, mit der wir deutlich machen, dass der Staat bereit ist, sich zu engagieren und hier etwas zu tun. Dazu gehört, den Kompetenzberuf herauszustellen; dazu gehört die Heilkundeübertragung. Es gehören viele Bereiche dazu, die wir gemeinsam angehen müssen. Stichwort: Akademisierung. Hier müssen wir auch noch die Finanzierung nachziehen und überlegen, wie wir mit Stipendienprogrammen helfen können. Es gibt noch andere Bereiche. Das will ich: Ich will, dass wir die Pflege jetzt gemeinsam auf gute Füße stellen, dass wir das vorher mit Klatschen zum Ausdruck Gebrachte jetzt auch mit Taten begleiten. Darum geht es jetzt. Das ist ein ganz wichtiges Thema, und dieses Thema muss ganz oben auf die politische Agenda.

(Beifall bei der CSU)

– Frau Kollegin Waldmann, natürlich ist es ein Teil der Wahrheit, dass der Bundesfinanzminister nicht bereit war, bei der jetzigen kleinen Pflegereform, bei der es natür-

lich um die Tarifverträge ging, mehr als eine Milliarde Euro einzusetzen. Natürlich hätte man mehr Geld in die Hand nehmen müssen, damit die Finanzierung nicht zulasten der Gepflegten geht. Natürlich hätte der Bundesfinanzminister auf das Schreiben des Kollegen Füracker vom 26.04.2021 inzwischen antworten müssen.

(Zuruf)

– Ja klar, warum denn nicht? Ist das zu viel verlangt, dass man in dieser Zeit einmal zurückschreibt und signalisiert, dass man sich mit dem Thema auseinandersetzt? Ich bin wirklich gespannt, was jetzt kommt oder ob die vielfach produzierte heiße Luft weiter produziert wird und es nur bei Lippenbekenntnissen bleibt. Lippenbekenntnisse sind zu wenig für die Pflegekräfte dieses Landes, und zwar für alle.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Sinne bitte ich Sie alle – über alle Parteien hinweg – noch einmal:

(Unruhe)

Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Projekt arbeiten, damit die Pflege in der Zukunft den Stellenwert hat, den sie verdient. Das hat etwas mit der Würde der Menschen zu tun. Das hat etwas damit zu tun, nahe an den Menschen zu sein. Das muss unser Ziel sein, und dafür müssen wir gemeinsam politisch arbeiten. Dafür müssen wir jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Holetschek. Ihr Appell an das Gemeinsame hat zu drei Zwischenbemerkungen geführt.

(Zuruf)

– Die erste macht Andreas Krahel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krah (GRÜNE): Herr Staatsminister, es freut mich, dass Sie sich gleich zu mir gedreht haben. Wenn ich ehrlich bin, dann habe ich schon festgestellt, dass auch die CSU Wahlkampf geführt hat. Auch bei der CSU hat die Pflege keine Rolle gespielt. Das möchte ich hier einmal festhalten.

(Zuruf)

Allerdings habe ich heute nichts von Ihrem kraftvollen Zeichen, von dem Sie gesprochen haben, sondern nur kraftvolle Worte gehört. Ich habe gleichzeitig vom Kollegen Mehring gehört, dass der Antrag ausschließlich auf die Langzeitpflege abzielt. Die Kollegin Becker hat gesagt, man könne schon alles ausweiten. Der Kollege Mehring meinte, die FREIEN WÄHLER wollten das, aber die CSU wolle das nicht. Jetzt haben wir ein Problem mit dem kraftvollen Zeichen. Wie lösen wir das Problem hier vor Ort? Mit diesem Antrag? Machen wir daraus ein kraftvolles Zeichen, oder bleibt es bei dem Schaufensterantrag?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Krah, ich habe mich Ihnen zugewendet, weil Sie aus der Pflege kommen und weil ich weiß, dass Sie viel Sachverstand einbringen, und weil ich davon ausgehe, dass die GRÜNEN – in welcher Konstellation auch immer – am zukünftigen Kabinetttisch sitzen werden. Ob uns das gefällt oder nicht, es wird so sein. Daher gehe ich davon aus, dass Sie das von Ihnen immer wieder Angesprochene dann auch in Berlin umsetzen. Wenn wir mit dabei sind, dann will ich Ihnen zusichern, dass wir das mit aller Macht unterstützen

(Zuruf)

und vonseiten des Freistaates hundertprozentig dabei mithelfen, dass Sie die von Ihnen hochgehaltenen Ideale auch in Zukunft in echte Politik umsetzen können.

Das ist ein Antrag, der heute mit der Langzeitpflege beginnt. Die Kollegin Becker hat es dargestellt. Die Altenpflege steht sicherlich auch vom Gehalt her noch ein bisschen dahinter. Natürlich wollen wir alle mitnehmen. Es ist ein Anfang. Ich habe schon in der Debatte gemerkt, dass man sich jetzt daran irgendwie hochzieht. Aber darum geht es ja gar nicht. Es geht um ein Signal, dass wir Steuergeld in die Hand nehmen und Dinge steuerfrei stellen, weil es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und weil damit auch der Einsatz von Steuermitteln gerechtfertigt ist. Ich habe gesagt, dass es ein Baustein ist. Wir wissen doch, dass das unser Problem nicht löst. Es ist nur ein starkes Signal. Daneben brauchen wir viele weitere, um da wirklich voranzukommen. Aber ich bin überzeugt: Sie werden die Chance haben, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin genau das Richtige zu tun. Wir werden uns in diesem Haus dann weiter darüber unterhalten können.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Dr. Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Minister Holetschek, es ist rhetorisch nicht ungeschickt, Ihren Redebeitrag vor allem auf die Pflege und den Pflegenotstand zu konzentrieren. Ich habe vorhin ganz bewusst den Punkt angesprochen, was das denn hieße. Ich habe immer gedacht, dass wir gemeinsam versuchen, das Steuersystem so einfach wie möglich zu machen oder wenigstens zu halten. Ich hätte Ihnen und Ihrem Kollegen Füracker, der zufällig gerade jetzt gegangen ist, folgende Frage gestellt: Wo ist die Grenze, ab der diese Regel nicht mehr gilt und ab der man die Steuersysteme verkompliziert, weil irgendetwas einen höheren Wert hat?

Noch einmal: Ich habe volles Verständnis dafür, dass man in der Pflege etwas tun muss, und dafür, dass man aus politischen Gründen versucht, etwas nach Berlin zu schieben. Aber das löst das Problem doch überhaupt nicht. Wenn man jetzt sagt, man gebe ihnen die Steuererleichterungen, sonst kriege man den großen Wurf nicht hin,

dann macht man es sich ein bisschen einfach. Meine Frage: Wo bitte ist die Grenze? Ab wann darf man das Steuersystem verkomplizieren? Wo gibt es einen höheren Wert?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Auch die FDP wird in der Zukunft am Kabinetttisch sitzen.

(Zurufe)

– Entschuldigung, das ist ja so. Das ist das Wählervotum. Wir akzeptieren das im Übrigen. Das ist halt so. – Auch Sie werden dann die Chance haben, nicht nur im Bereich privater Versicherungsmodelle – der Pflegeversicherung –, sondern auch in den anderen Bereichen entscheidende Pflöcke für die Pflege einzuschlagen. Beim Steuerrecht haben wir einen Ansatz. Die Wechselschichtzulage macht circa 155 Euro brutto aus. Nimmt man das, vergleicht man das mit anderen Zuschlägen und stellt man diese in der Langzeitpflege komplett steuerfrei, dann bleibt einfach mehr übrig. Das ist in diesen Bereichen ein Signal.

Ich könnte mir zum Beispiel auch vorstellen, dass dann Jüngere vielleicht bereit wären, ein Stück weit mehr Dienste zu übernehmen, Wiedereinsteiger sagen würden, dass sie jetzt andere Arbeitsbedingungen wollten. Da gibt es ganz kreative Modelle, die Dinge gemeinsam anzugehen. Ich will Sie auch beruhigen: Wir wollen auch in Bayern weiter daran arbeiten. Es ist nun einmal so, dass es eine Verteilung gibt. Die Sozialgesetzbücher sind zum Teil in Berlin normiert; da müssen wir etwas tun. Ich finde es unglaublich, dass ich heute Buurtzorg nicht umsetzen kann, weil die Sozialgesetzbücher das nicht abbilden. Wir können Pflege ja nicht von den Abrechnungsmodalitäten her denken; wir müssen Pflege von den Bedürfnissen der Menschen her denken. Das ist doch das Entscheidende. Was wir machen müssen, tun wir: gute Pflege daheim in Bayern, Sektoren verbinden und flexibler machen und die Frage unserer Richtlinie "PflegesoNah" klären. Wir geben 60 Millionen Euro für stationäre Pflege aus;

es ist ja nicht so, dass wir nur zuschauen, sondern wir setzen auch hier kraftvolle Zeichen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Ich finde es ja hochinteressant, dass Sie sagen, Pflege hätte im Wahlkampf eine größere Rolle spielen müssen. Was hat die CSU davon abgehalten, hier ein Feuerwerk abzubrennen und die Pflege in den Mittelpunkt zu stellen? Sie haben gesagt, genau jetzt sei die Zeit, in der ein kraftvoller Aufschlag für die Pflege kommen muss. Wenn der richtige Moment, um endlich Veränderungen voranzubringen, dann ist, wenn Sie die Verantwortung im Bund und auch das Bundesministerium für Gesundheit abgeben müssen, dann lässt das doch tief blicken.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie uns aber noch nicht beantwortet haben: Wie haben Sie denn in Ihrem Brief an Herrn Scholz den Ausnahmetatbestand für die Langzeitpflege begründet? – Der Notstand auch in allen anderen Pflegebereichen ist doch bekannt, ist auch Ihnen und Herrn Scholz bekannt. Frage eins: Warum Pflegekraft denn ausschließlich in der Langzeitpflege? Frage zwei: Was bringt es jemandem, von dem wir ja beklagen, dass er nicht genug verdient, tatsächlich einen Steuerfreibetrag zu bekommen? Lohnt sich das? Was kostet das? – Das muss man doch fragen können. Das ist doch kein Klein-Klein, wenn man hier Steuererleichterungen vorschlägt. Zu guter Letzt die Frage: Was ist mit der versprochenen Steuerfreiheit von Ihrem bayerischen Corona-Bonus für die Pflegekräfte? Den Pflegekräften ist die Steuerfreiheit des Bonus zugesagt worden; er ist jetzt für diejenigen, die noch einen Bonus vom Bund bekommen haben, nicht steuerfrei. Auch diese Frage haben wir noch nicht beantwortet bekommen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Sie wissen doch aber, dass die Gesetzgebungs- und Rechtsetzungshoheit für Steuerfreiheit ausschließlich beim Bund liegt. Das ist Ihnen doch klar.

(Zuruf)

Der Bund war nicht mehr bereit, den Bereich bis über 1.500 Euro hinaus zu erweitern. Das ist einfach ein Teil der Wahrheit. Das ist Ihr Finanzminister, der jetzt anstrebt, Kanzler zu werden. Das müssen Sie auch einfach einmal glauben.

Sie müssen auch nicht die Gegenfrage stellen, warum wir diesen Tatbestand begründen. Wir hätten von Herrn Scholz eine Antwort erwartet. Entschuldigung: Es kann doch nicht sein,

(Beifall bei der CSU)

dass ich mit so einem Haus innerhalb von ein paar Monaten nicht antworten kann. Wenn das also der Stil einer neuen Regierung ist,

(Zurufe)

von jemandem, der sich dazu aufschwingt, Kanzler zu machen,

(Weitere Zurufe)

dass er auf die Frage, ob man Pflegekräfte steuerlich unterstützen kann, nicht antwortet, dann werden wir sehen, was diesem Land in Zukunft blüht. "Gute Nacht" kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/17938 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/17959 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das ist die FDP-Fraktion. Von der AfD-Fraktion gibt es kein Votum.

(Zuruf)

– Ablehnung! Danke schön. Das nächste Mal ein bisschen früher aufpassen. – Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/17939 mit 18/17941 sowie 18/17960 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.